

Beitrag der DDR, in der Außen- und Sicherheitspolitik Gesamtumstände zu schaffen, unter denen die deutsche Einheit zugleich Teil eines Einigungsprozesses in ganz Europa wird, Gesamtumstände, unter denen in diesen Prozeß auch die Sowjetunion einbezogen wird.

Der NATO-Gipfel in London vor wenigen Tagen mit seinem auch in Moskau positiv aufgenommenen Signal, das westliche Bündnis zunehmend in eine politisch akzentuierte Allianz umzuwandeln, hat hier weitere positive Ansätze erkennen lassen. Dabei sollten aber die gefährlichen destabilisierenden Fähigkeiten der geforderten hochmobilen NATO-Militäreinheiten nicht unterschätzt werden.

Fragen zum Militärstatus der heutigen DDR und zum Truppenabzug der sowjetischen Streitkräfte werden auch in der nächsten Zukunft eng mit Finanzfragen verbunden sein.

Oder nehmen Sie die im Haushalt kugewiesenen Zahlungen gegenüber den RGW-Ländern! Warum sollten wir denn die endlich abgerissene Mauer aus Beton und Stacheldraht nun wieder mit Handelshemmnissen und Währungsschranken an der Oder-Neiße-Grenze aufbauen? Wäre es nicht sinnvoll, unsere starken und nachbarschaftlichen Beziehungen z. B. zu Polen als Kapital in ein vereintes Deutschland einzubringen? Warum sollten wir nicht an die Schaffung eines deutsch-polnischen Wirtschaftsraumes entlang der gemeinsamen Grenze denken und ihn mit eigenem und fremdem, z. B. mit französischem, Kapital fördern und ermöglichen? Es muß doch möglich sein, daß wir zu Polen die gleichen selbstverständlichen und gutnachbarlichen Beziehungen entwickeln wie etwa Bayern zu Österreich, das Saarland und Baden-Württemberg zu Frankreich oder Nordrhein-Westfalen zu den Benelux-Ländern.

Lassen Sie mich zu einem anderen politischen Schwerpunkt kommen: der sozialen Gerechtigkeit. Zuerst die Haushaltszahlen: Im Einzelplan der Ministerin für Arbeit und Soziales sind über 7 Mrd. DM veranschlagt. Aber das ist nicht alles. Insgesamt stehen in den verschiedensten Haushaltsplänen 13,386 Mrd. DM zur Verfügung. Die Leistungen betreffen die Renten- und Arbeitslosenversicherung, den Sozialzuschlag für Rentempfänger, Vorruhestandsgeld und Rationalisierungsschutzabkommen sowie Starthilfe für freie Bildungsträger. Dazu gehören aber auch Geburtenbeihilfen oder die Unterstützung bei der Pflege erkrankter Kinder, Babyjahr, Wochengeld nach der Entbindung und Pflegegeld. Dazu kommen das staatliche Kindergeld und in den örtlichen Haushalten Ausgaben für Sozialhilfe, Gesundheitsmaßnahmen, Feierabend- und Pflegeheime, Zuschüsse zum Mittagessen für ältere Bürger, Maßnahmen zur Feriengestaltung und Zuwendungen für geschädigte Kinder und Jugendliche. Damit enthält der Einzelplan des Arbeits- und Sozialministeriums den höchsten Ansatz. Die Mittel, die wir für die soziale Sicherung ausgeben wollen, bilden den finanziellen Schwerpunkt im Entwurf. Jede fünfte Mark des Haushalts wird für den Sozialbereich ausgegeben.

Trotz dieser Anstrengungen wächst bei den Menschen, die im Arbeitsleben stehen, aber auch bei den Rentnern die Angst vor der Zukunft. Bei jungen Menschen kommt Besorgnis auf, einen Ausbildungs- oder Studienplatz zu bekommen oder finanzieren zu können. Immerhin erwarten 40 % der in einer kürzlich veröffentlichten Studie Befragten, daß sich die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes verschlechtern wird. Wir alle erleben täglich, wie diese Sorge die Menschen umtreibt und belastet. Dazu kommen die Probleme der Studierenden mit ihren Stipendien und die Tatsache, daß zwar viele Renten deutlich angehoben werden konnten, aber eine halbe Million Bürger keine Erhöhung erhalten, sondern erst durch einen Zuschlag auf eine Gesamtrente von 495 DM kommen.

Niemand hat annehmen dürfen und können, daß sich der Übergang von einer dirigistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft ohne Erschütterungen, Belastungen und Härten vollziehen kann. Aber es gab und gibt keine Alternative. Sicherlich hätten wir einige Probleme besser meistern können, wenn wir für diesen Übergang mehr Zeit gehabt hätten, und sicher wäre auch manches in den nächsten Monaten leichter, wenn wir schon demokratisch legitimierte und funktionsfähige Länder hätten. Auch die Kommunalstrukturen müssen sich erst noch festigen und wachsen. Aber der ungeheure und schädliche Zeitdruck ist uns nicht nur aufgezwungen worden,

er hat sich inzwischen auch verselbständigt und ist wohl nicht mehr zu bremsen.

Dieser Zeitdruck hat auch die Aufstellung dieses Haushalts beeinflußt. Deshalb gibt es in diesem Haushalt eine ganze Menge von Ungesichertheiten und Risiken. Ich möchte einige nennen. Bei den ersten Überlegungen zum Haushaltsentwurf wurden bereits im Mai durch das Ministerium der Finanzen und das Bundesfinanzministerium für das zweite Halbjahr 1990 Einnahmen aus der Mehrwertsteuer in Höhe von 10,2 Mrd. DM geschätzt. Wir wissen aber, daß durch die Probleme beim Absatz von DDR-Produkten diese Zahl risikobehaftet ist. Hinzu kommt eine Abwanderung von Kaufkraft in die BRD, deren Auswirkungen noch nicht quantifizierbar sind, und der Steuerausfall durch Konkurs von Unternehmen konnte auch nicht berücksichtigt werden.

Ein anderes Beispiel: Bei der Tabaksteuer wurden Einnahmen von 1,7 Mrd. DM geschätzt. Zwar wurde in einer Vereinbarung mit dem Bundesminister der Finanzen in Bonn festgelegt, daß durch die Steuerzeichenstelle sichergestellt werden soll, daß alle Steuereinnahmen aus Tabakwarenerzeugnissen dem Haushalt der DDR zufließen, aber niemand kann und will das Kaufverhalten unserer Bürger maßregeln. Wer sich im Westen mit Zigaretten eindeckt, bezahlt seine Tabaksteuern in den großen Topf des Bundesfinanzministeriums in Bonn. Auf die zusätzlichen Risiken bei der Ausgabenseite werde ich später noch einmal gesondert eingehen.

Trotz dieser Unwägbarkeiten ist dies ein solide erarbeiteter Entwurf. Wir sind dabei an die Grenze der Sparsamkeit gegangen, wenn wir sie nicht schon überschritten haben. Aber die knappen Vorgaben des Bundesfinanzministers ließen wenig Spielraum für eine gestaltende Finanzpolitik. Dabei sind wir durch Gesetz geradezu verpflichtet, bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu handeln und gegenzusteuern. Und dieses Gleichgewicht ist doch bei der Stabilität des Preisniveaus, beim Beschäftigungsgrad, bei der Außenwirtschaft, beim Wirtschaftswachstum und bei der ökologischen Verträglichkeit unserer Betriebe, Anlagen und Einrichtungen erheblich gestört.

Zum 1. Halbjahr 1990: Es kann nicht verwundern, daß wir uns in den letzten Wochen erst einmal um die Währungsumstellung und die damit verbundenen Liquiditäts- und Strukturprobleme gekümmert haben. Dabei hatten wir ein Ziel: die Zahlung der Löhne, Gehälter, Renten und Stipendien zu sichern und den vorhergesagten Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft zu verhindern. Das ist bis 30. Juni 1990 gelungen.

Hier in aller Kürze die Zahlen des Abschlusses des Haushaltes im 1. Halbjahr: Der ursprüngliche Plan des 1. Halbjahres sah Einnahmen von 95,2 Mrd. M und Ausgaben von 109,8 Mrd. M vor. Zur Deckung des Defizits wurde eine Kreditaufnahme von 15 Mrd. M notwendig. Dieses Kreditvolumen wurde ausgeschöpft, aber nicht überschritten. Mit einer großen Kraftanstrengung ist es uns gelungen, den Haushalt im 1. Halbjahr ausgeglichen zu halten.

Wir haben auch die Währungsumstellung zum 1. Juli 1990 ordnungsgemäß durchgeführt. Dies war eine gewaltige Leistung. Wir befinden uns jetzt im Übergang zu einem neuen Haushaltssystem, das allerdings noch viele zentrale Elemente enthält. Dabei mußten wir erst Erfahrungen mit einer völlig neuen Einnahmen- und Ausgabenplanung sammeln und der Philosophie oder Ideologie, die dahintersteckt. Dabei hat sich gezeigt, daß einige Grundlagen, z. B. ein in Mark der DDR erarbeiteter und nie bestätigter Haushalt und die „Koeffizienten“ für den „Salto mortale“ von Mark der DDR in D-Mark, nicht sehr standfest waren.

Zum 2. Halbjahr: Der heute nun vorgelegte Entwurf mußte sich zwischen unsicheren Einnahmen im Steuerbereich auf der einen Seite und verständlicherweise hohen Erwartungen und Anforderungen auf der anderen Seite bewegen.

Hier die nüchternen Zahlen: Der Haushaltsentwurf umfaßt Ausgaben in Höhe von 63 684,4 Mio DM. Die Einnahmen sind mit 28 934,4 Mio DM veranschlagt. Es bleibt ein Finanzierungssaldo von 34750 Mio DM. Dieser setzt sich zusammen aus:

Erstens einer Finanzzuweisung der Bundesrepublik von